

Noch in dieser Ausgabe:

Kolonie Wedding	S. 7	Trommeln im Sprengelkiez	S. 10
Zukunftswerkstatt QM	S. 8	Unsinnige Aktivierung	S. 12
Det fiel mir uff	S. 9	Deutschland macht Geschenke	S. 14
Gegendarstellung	S. 10	Schweigen tut weh	S. 15

# uff'n wedding

Kiezeitung vom LinksTreff

## Ein beispielloser Ausstieg aus der Solidargesellschaft

### (K)einer für alle und alle für (k)einen

*Eine Schreckensbilanz von Werner Schulten*

Das Wort **Reformen** wird von der jetzigen und ihrer Vorgängerregierung im brutalst möglichen Sinne des Wortursprungs eingesetzt und dabei den Menschen vorgegaukelt, es handele sich um Weiterentwicklung. Reform stammt aus dem Lateinischen und heißt wörtlich übersetzt: **re=zurück, formatio=Gestaltung, also zurückgestalten oder zurückbilden**. Und genau dies geschieht: Eine Rückbildung auf Verhältnisse, die teilweise bis in die Zeit vor Bismarck (im Falle der Renten) reicht.

Das Grundprinzip unseres Sozialstaats:  
**FORDERN UND FÖRDERN**



Wurden in der VorSchröderschen Zeit die Steuerungsmittel Sozialversicherungen und Einkommensteuern genutzt, um krasse Unterschiede zwischen Reichen und Armen, Er-

werbstätigen auf der einen Seite und Erwerbslosen, Erwerbsunfähigen und Rentnern auf der anderen Seite, wenigstens ein wenig abzuschleifen, wird seit der Regierungsführung bzw. -

beteiligung der **UPD** (Unsozialdemokratische Partei Deutschlands) das bisschen mühsam erkämpfte Solidarsystem zur Farce.

Da das Sein das Bewusstsein bestimmt, führt dieser gesetzliche Solidaritätsabbau auch zum Abbau sozialen Bewusstseins. So ist die Meinung immer weiter verbreitet, jeder müsse selber zusehen, wie er zurecht kommt. Das nennt sich dann „Mehr Eigenverantwortung“.

Mit der bereits vor ihrer Aufstellung widerlegten Behauptung, die Lohnkosten seien im globalen Wettbewerb zu hoch und müssten gesenkt werden, um unseren Wohlstand zu erhalten, wurde eine in unserer Geschichte einmalige Gesetzesinitiative in Gang gesetzt, um die erworbenen sozialen Errungenschaften wieder rückgängig zu machen.

**Widerlegt** war diese These schon durch die

**Arbeitslosenversicherung**

**Millionen Kinder in Armut für 20 Euro**

Eine „Reform“ mit den wohl schlimmsten Auswirkungen ist die Hartz IV-Gesetzgebung. Mit der Schreckensmeldung, der Exportweltmeister sei nicht mehr konkurrenzfähig und müsse für den Wettbewerb fit gemacht werden, indem die Lohn- und Lohnnebenkosten gesenkt werden, wurde das Arbeitslosengeld von 32 auf 12 Monate beschränkt. Als Erfolg sollen im nächsten Jahr die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 % (je zur Hälfte zugunsten Arbeitnehmer und Arbeitgeber) gesenkt werden. Der durchschnittliche Arbeitnehmer hat dann 20 Euro/Monat mehr in der Tasche (Ackermann & Co natürlich 100.000 und mehr), um den Preis, dass Millionen



Erwerbslose in Not und Elend geschickt werden und mittlerweile jedes fünfte Kind in Armut aufwächst. In Berlin kommen 40 % der Erstklässler aus Hartz IV-Haushalten.

Not und Elend bedeutet die Hartz IV - Gesetz-

Tatsache, dass Deutschland seit vielen Jahren Exportweltmeister war. Und in einer globalisierten kapitalistisch regulierten Weltwirtschaft wird ein Land ausschließlich nach kapitalistischen Regularien Weltmeister, also auch dadurch, dass es vergleichbare Produkte und Dienstleistungen kostengünstiger anbieten kann als Andere. Dies ist jedoch nicht ausschließlich von gezahlten Löhnen und Lohnnebenkosten abhängig. Das zeigen neueste Statistiken der Dresdner Bank, wonach die Länder in Europa mit den höchsten Lohnkosten auch die Statistik der interessantesten Wirtschaftsstandorte anführen.

gebung nicht nur, weil sich mit 347 Euro kein menschenwürdiges Leben führen lässt. Auch wenn Herr Wowereit in bester Bild-Manier die Forderung der LINKEN nach Erhöhung des Regelsatzes ablehnt: Wenn Familien nicht mit Geld umgehen könnten und sich **vom Konsum berauschen ließen**, bringe eine Erhöhung nichts. Not und Elend bedeuten die Hartz IV-Gesetze vor allem auch, weil sie durch

**Unternehmensteuer und Spitzensteuersatz**

**73 % weniger für 80.000.000.000 Euro**

Einstmals betrug Körperschafts- und Einkommensspitzensteuersatz 56 %. Unter dem Deckmantel eines internationalen Steuerwettbewerbs wurden diese Sätze schrittweise auf 15 % (also um 73 %) im Falle der Körperschaftssteuer (Einkommenssteuer der Kapi-

Zwangmaßnahmen, unsinnige Trainings, unbezahlte Praktika und die Verpflichtung, jeden, aber auch jeden Job anzunehmen, ihres Selbstwertgefühls beraubt werden.

Und indem sie in Ein-Euro-Jobs gezwungen werden, müssen sie ihren Beitrag dazu leisten, dass durch ihre Arbeit weitere Menschen ihren regulären Arbeitsplatz verlieren werden.

ter dem EU-Durchschnitt. Besonders förderungswürdig sind bei uns Kapitalbeteiligungsgesellschaften, bekannter unter dem Namen „Heuschrecken“. Diese brauchen noch nicht einmal Gewerbesteuern zahlen, weil sie durch ihre Firmenzerschlagungspraktiken volkswirtschaftlich so wertvoll sind. Die Gewerbesteuern müssen die Anleger zahlen, aber die sitzen in der Regel im Ausland und sind daher nicht zahlungspflichtig.



talgesellschaften), und der Spitzensteuersatz auf 45 % gesenkt. Dass wir mittlerweile zum treibenden Motor der gen 0 tendierenden Unternehmenssteuerspirale geworden sind, wird natürlich verschwiegen. Mittlerweile liegen wir beim Steueranteil am Gesamt-wirtschaftsprodukt um vier Prozentpunkte un-

Karikatur: Klaus Stuttmann

Würde heute noch der Körperschaftssteuersatz der früherer Jahre gelten, so müssten die Kapitalunternehmen rund 80 Mrd. Euro/Jahr mehr bezahlen.

**Rente**

**25 % weniger für 30 Euro**

Der Anteil der Erwerbstätigen, die für die Rentner mitarbeiten müssen, wird zwangsläufig immer geringer, da die Lebenserwartung der Menschen stetig steigt. Dies hat auch jahrzehntlang keine Probleme bereitet, da die Produktivität durch technologische Entwicklung in höherem Maße wächst. So kamen 1900 auf einen Rentner 12 Erwerbstätige, 2000 waren dies nur noch 4. Die Zahl der über 65-jährigen stieg in Deutschland von 1950 bis 2000 auf mehr als das Doppelte. Und das alles bei gleichzeitigem massivem Ausbau der Sozialsysteme und stetig steigenden Renten. In dieser Zeit haben sich die Renten preisbereinigt verdreifacht.

Seitdem sind die Renten gesunken, da sie an die Arbeitnehmerinkommen gekoppelt sind, in diese Berechnungen auch Ein-Euro-Jobs fließen, und in den Jahren, in denen es trotzdem etwas zu erhöhen gegeben hätte, diese Regelung mit dem Verweis auf so etwas wie den „Nationalen Notstand“ ausgesetzt

**Gesundheitsreformen**

**Mehr Kranke für weniger Gesunde**

Wie bereits bei vielen Privatversicherungsarten, zum Beispiel in der KFZ-Versicherung durch Schadenfreiheitsrabatte, ist seit längerem auch die gesetzliche Krankenversicherung

wurden. 2005 war der durchschnittliche Rentenzahlbetrag nach dem Rentenbericht der Bundesregierung bereits auf 720 Euro/Monat gesunken. Das ist in etwa HartzIV-Niveau. Gleichzeitig wurde für die Zukunft eine gigantische Rentenkürzung durch „Rente mit 67“ beschlossen. Die Zukunft wird für über



60-jährige Langzeiterwerbslose jetzt schon nach 2008 Wirklichkeit, weil sie gezwungen werden, vorzeitig ihre Rente mit Abschlägen von bis zu 18 % zu beantragen. Diese Zwangsverrentung bedeutet für spätere Generationen sogar einen Abschlag von über 25 %. Der „Gewinn“ für die Erwerbstätigen beträgt langfristig rund 1,5 % eingesparte Rentenversicherungsbeiträge. Für den Durchschnittszahler sind dies 30 Euro.

Das ohnehin sehr begrenzte Solidarsystem Rente – nur sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige bis zu einem gewissen Einkommen sind Einzahler – wird nicht weitergeführt durch anteilige Abgabe der Produktivitätserhöhung der Gesellschaft, sondern im Gegenteil ohne Not weiter abgebaut, statt es durch Einbeziehung aller Einkünfte zukunftssicher zu machen.

auf dem besten Wege, das Versicherungsprinzip ad absurdum zu führen. Der Sinn einer Versicherung besteht darin, dass viele in einen Topf zahlen, aus dem dann diejenigen

entschädigt werden, bei denen der Versicherungsfall eintritt. In diesem Fall Krankheit und hierdurch bedingte Kosten zur Gesundheitswiederherstellung. Durch private Zuzahlungen – in Form von Patientengebühren und Arzneimittelzuzahlung – und eingeschränkte Leistungen wird dieses Prinzip immer weiter ausgehöhlt. Konsequenz zu Ende gedacht würde der Gesunde durch immer weitere Senkung der Beiträge irgendwann gar nichts mehr zahlen und der chronisch Kranke für alles selber aufkommen. Was in der Praxis natürlich bedeutet, dass die meisten Menschen gar keine Gesundheitsdienste mehr in Anspruch nehmen könnten. Um auch hier den Anteil für die immer besser, und damit teurer werdende Gesundheitsversorgung, an der gesell-

**Arbeits- und Kapitaleinkommen**

**Sinkende Arbeitnehmerinkommen für 178.000.000.000 Euro**

In allen 20 EU-Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn werden diese 2007 erhöht. In allen direkten westlichen Nachbarländern der Bundesrepublik sowie Großbritannien und Irland werden dann keine Löhne unter acht Euro mehr erlaubt sein.\* Zur Erinnerung: In Deutschland gibt es in 49 Branchen tariflich vereinbarte Löhne, die unter sieben, zum Teil nur wenig über drei Euro liegen.

Einkommensart	2000 Mrd.	2006 Mrd.	Veränderung Mrd.	in %
Volkseinkommen*	1524	1751	227	14,9
Arbeitnehmerentgelte*	1100	1149	49	4,5**
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen*	424	602	178	42,0

\*\*preisbereinigt sind die Arbeitnehmerentgelte auf dem Stand von 1991. Seitdem ist die Produktivität pro Erwerbstätigen aber um 22,5 % gestiegen. Wo ist dieser erwirtschaftete Zuwachs? Kam er den Erwerbstätigen zugute? Nein! Kam er den Nichterwerbstätigen zugute in Form von Renten, Arbeitslosengeld, besserer Bildung usw.? Nein! Wie aus o. Tabelle ersichtlich, floss er ausschließlich in die Taschen der Unternehmer und Kapitaleigner – in den letzten sechs Jahren waren dies **178 Milliarden Euro!**

Wirtschaftsinstitute setzen Niedriglöhne unterschiedlich fest. Mehrere nennen 1250 Euro brutto oder 925 Euro netto. Dies ent-  
\* Quelle: WSI

schaftlichen Gesamtleistungssteigerung einzusparen, wird in Kauf genommen, dass immer mehr Menschen sich im Krankheitsfall dreimal überlegen, ob sie einen Arzt aufsuchen und man die sozial Benachteiligten durch fehlende Zähne bereits am Äußeren erkennt.

Würde man auch hier alle Einkommensarten in die Beitragszahlungen einbeziehen, wäre dieses Sozialsystem auch ohne Zuzahlungen und Einschränkungen zukunftssicher.

Stattdessen haben wir die absurde Situation, dass ein Erwerbstätiger mit durchschnittlichem Einkommen zusammen mit seinem Arbeitgeber rund 400 Euro Krankenkassenbeiträge bezahlt, während ein lediger Einkommensmillionär nur die Hälfte für die gleiche Leistung zahlen muss.

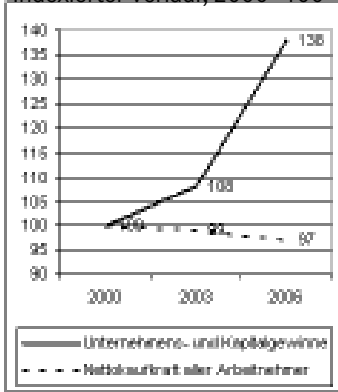
sprache einem Stundenlohn von 7,50 Euro brutto bei einer 38,5 Stunden-Woche. Der Anteil der Billigjobber unter allen Vollzeit

beschäftigten hat in zehn Jahren (95 - 04) um 23 % zugenommen. Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte lag danach 2004 mit seinem Einkommen unter der Armutsgrenze. Löhne und Gehälter sanken preisbereinigt in den letzten zehn Jahren. Gleichzeitig stieg das Geldvermögen aller Deutschen nach einer kürzlich veröffentlichten Studie der Dresdner Bank um mehr als 57 %. Wie viel davon in den Taschen der meisten abhängig Beschäftigten landet, ist nicht schwer zu erraten.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schrieb am 24.09.07: „Richtig ist, dass die Löhne langsam gestiegen sind. Tatsächlich sind die Lohnabschlüsse hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben.“

ben. Die Lohnquote ging in den letzten 10 Jahren um 4 Prozentpunkte zurück. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Ausmaß der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen.“

Einkommensverteilung\*  
Indexierter Verlauf, 2000=100

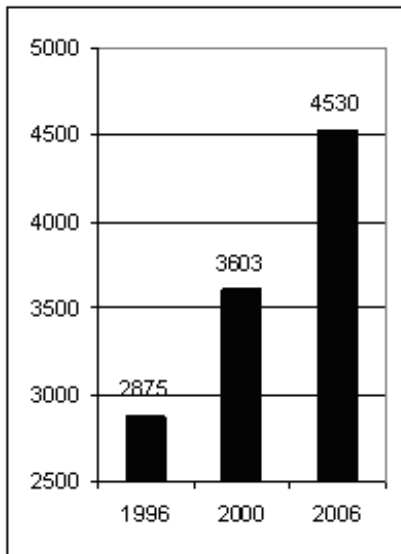


\* Quelle: DGB

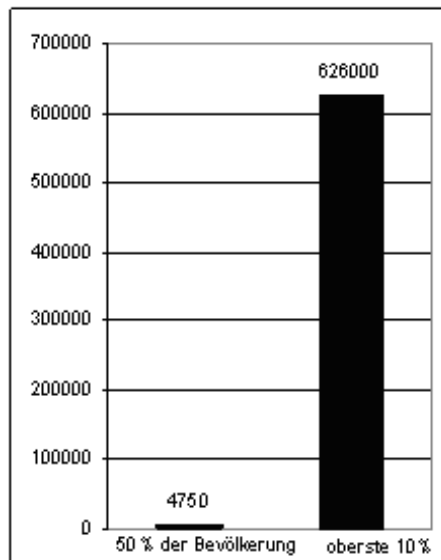
Was zunächst harmlos klingt, faktisch aber bedeutet, dass Unternehmens- und Kapitalgewinne in nur sechs Jahren (00-06) um satte **42 % (auf 602 Mrd. Euro in 2006)** stiegen, während die Einkünfte aus Arbeit real, also preisbereinigt, gesunken sind.

Das ist eine Bereicherung des Kapitals auf Kosten der Arbeit in noch nie da gewesenem Ausmaß. Im Kleinen nennt man so etwas Diebstahl, im Großen Ausbeutung!

**Geldvermögen aller Deutschen in Milliarden Euro\***



**Durchschnittliches Gesamtvermögen in Euro pro Kopf\***



\* Quelle: Dresdner Bank 2007

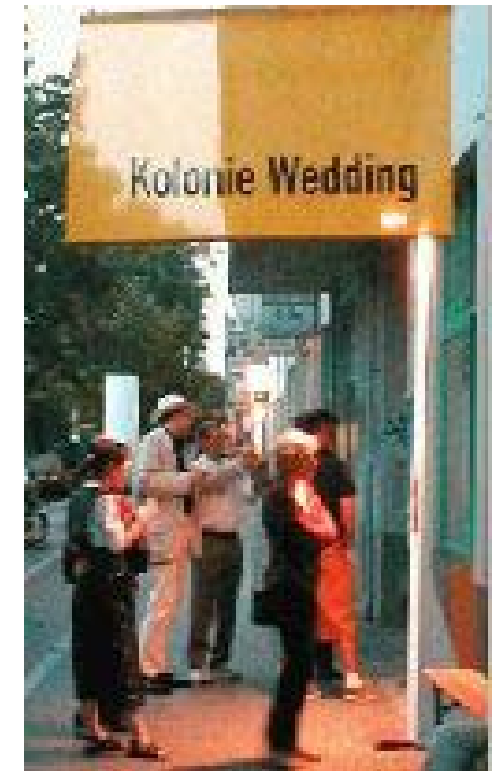
**Die Kolonie Wedding rief und uff'n Wedding kam**

Da hängen drei Bilder an der Wand. Weiße Wände, ein (fast) quadratischer Raum, Bilder und kurze Texte: „Bild und Text, jedes für sich und dennoch in Abstimmung miteinander, verständigen sich: „Festhalten oder flüchten.“ (visite ma tente, Schwedenstr. 18b: Ricoh Gerbl: „Mittwoch“) - Kultur im Wedding? Die Kolonie Wedding rief, uff'n Wedding kam, sah und staunte.

Schwedenstr. 16: Na, das sieht doch schon mal interessanter aus, multimedial! Ein Fernseher, Kopfhörer an der Wand, das Bild eines Busses und die Landkarte der USA an der Wand - mit Reiseroute. Für die Ausstellung „Talking on Babylon“ in der Uqbar haben die Künstlerinnen J&K (Janne Schäfer und Kristine Agergaard) ihren „Babylon Shuttle Bus“ mit nach Berlin gebracht. Verschiedene Menschen wurden eingeladen, vom Turm des Busses aus Ansprachen zu Babylon zu halten. Das Projekt ist eine Anspielung auf den biblischen Turmbau zu Babel: Menschen bauten einen Turm (ein Hochhaus?) bis hoch in den Himmel (Größenwahn?), Gott verwirrt die Sprache und vertreibt die Menschen über die ganze Erde („Wohlauf, lasset uns herniederfahren und dort ihre Sprache verwirren, dass keiner des andern Sprache verstehe!“) Die ersten Ansprachen sind auf einem Video in der Ausstellung zu sehen. Zu hören (zum Glück gibt's Kopfhörer) sind zudem Schlager, die sich mit Babylon beschäftigen („Rivers Of Babylon“). Und die Landkarte?

Es geht um die „semi-utopische“ Visualisierung einer Reise durch die USA, kurz vor den Präsidentschaftswahlen Ende 2008, vom „Ground Zero“ durch den Bibelgürtel. „Semi-utopisch“? Fahren Sie da nun hin oder nicht? Unser Reporter staunt und hastet weiter...

Kolonie Wedding ist ein Zusammenschluss von Künstlern und Künstlerinnen, die in ehemals leeren Läden rund um die Prinzenallee Kunst- und Kulturprojekte realisieren. Einmal im Monat veranstalten die Galerien Vernissagen mit Rahmenprogramm. Der Eintritt ist bei fast allen Veranstaltungen frei.



Nächste Kolonie: 26. bis 28. Oktober 2007  
büro kolonie wedding e.v.  
koloniestraße 131  
13359 berlin  
tel.: 497 60 210  
info@kolonie-wedding.de

## Quartiersräte bleiben auf der Zukunftswerkstatt QM brav

# Grundsätzliche Fragen ausgeblendet

Eigentlich ist es ja schon eine sehr lobenswerte Sache, wenn das Bezirksamt die wesentlichen Akteure zusammenruft, um über die Zukunft des Quartiersmanagement zu diskutieren. Dennoch kann natürlich auch dabei einiges schief gehen.

Jedenfalls trafen sich am letzten Septemberwoche gut 60 Personen im BVV-Saal in der Pariochalstraße: Mitarbeiter des Bezirksamtes, Bezirkspolitiker, Quartiersmanager und gut 20 Quartiersräte. Bei der sogenannten Zukunftswerkstatt stand der Zusammensetzung entsprechend allerdings nicht das Quartiermanagement als Ganzes zur Diskussion, sondern lediglich die Arbeit der Quartiersräte, die an der Mittelverteilung des QM-Programms „Soziale Stadt“ in den Kiezen mitwirken.

Die Programmkonzeption und die Moderation waren darauf bedacht, dass es nicht allzu grundsätzlich wurde. So konnte Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke am Schluss die konkreten Ergebnisse loben, während Einzelne grundlegende Fragen ausgeblendet sahen.

Die Ergebnisse lassen sich in zwei wesentlichen Punkten zusammenfassen: Mehr Kommunikation von jedem mit jedem und mehr Schulung vor allem der Quartiersräte werden angestrebt – und teils liegen dafür schon Kon-

zepte vor und sind Arbeitsgruppen benannt. Die Akteure verpflichteten sich damit indirekt zu mehr Arbeit. Ein Teilnehmer fragte denn auch in seinem Schlusswort, wie das alles bewältigt werden solle.

Während fleißig daran gearbeitet wurde, dass die alltägliche Arbeit rund um die Quartiersräte flutscht, kamen die großen Fragen zu kurz, wurden teilweise auch von der Moderation, dem Bezirksamt und von Quartiersmanagern abgewürgt. So wurde über Interessengegensätze und Machtverteilungen kaum gesprochen. Stattdessen wurde der Eindruck verbreitet, alle seien eine große Familie und bewegten sich quasi in einem Raum herrschaftsfreier Kommunikation. Frank Bertermann von den GRÜNEN sprach sogar von „gemeinsamer Machtübung“.

Tatsache ist aber, dass der Quartiersrat de jure nur eine informelle Gruppe ist. Im Machtdreieck zwischen den Räten, den Quartiersmanagern und dem Bezirksamt zieht er deshalb immer den Kürzeren, wenn es mal dick kommt. Er kann sich nicht einmal juristisch gegen die Entscheidungen vor allem des Amtes wehren. Nun geht das Bezirksamt nicht rücksichtslos mit seiner Stellung um. Aber es gibt immer wieder Fälle, bei denen



Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke bei der Eröffnung des Gewerbe-Leitsystems

Foto: Anne Wispler

## Det fiel mir uff

### Meine Meinung in uff 'n Wedding

#### Öffentliche Entschuldigung von Nöten?! zu Ausgabe Nr. 7 - Satire von Hinark Husen

Hier sagt euer Schreiberling erst, dass er keinen Bezirksschornsteinfeger persönlich kennt, auch den aus Mitte nicht. Sagt aber dann über den Weddinger Bezirksschornsteinfeger, er sei ein misanthropisches Ekelpaket, weil er von zu vielen alten Damen im Kiez befummelt wurde. Es entzieht sich meiner Kenntniss ob der Bezirksschornsteinfeger ein regelmäßiger Leser eurer Kiezzeitung ist, aber jedenfalls hat er diese Ausgabe gelesen.

Das er über diesen Text auf Seite 14 nicht erfreut war können ihr euch ja sicher vorstellen. Das seine Meinung und die seines Umfeldes zur Linke nicht so gut ist kann sich wahrscheinlich auch jeder von euch denken.

Ich glaube das hier auf jeden Fall eine öffentliche Entschuldigung von Nöten ist.

Siemen Dallmann, Berlin

Anmerkung der Redaktion:

Wir haben dem Autor der Satire empfohlen, in seinen künftigen Glossen mehr Rücksicht auf die Menschen zu nehmen, für die Satire ein ostkaukasisches Hohlbogenstreichinstrument ist. Wir sind sicher, dass Hinark Husen sich in der nächsten Ausgabe öffentlich beim Weddinger Bezirksschornsteinfegermeister entschuldigt.

Für die Veröffentlichung von Leserbriefen behält sich die Redaktion das Recht von Kürzungen vor.

Kritik und Anregungen sind ausdrücklich erwünscht

sich der Quartiersrat übervorteilt sieht. Die Folgen sind Frust, nachlassende Motivation und das Ausscheiden einiger Quartiersräte, meist genau derer, die keine eigenen Interessen an bestimmten Projekten haben. Diese Struktur führt dazu, dass der Quartiersrat sich einerseits vom Bürger entfernt, andererseits vom Bürger nicht ernst genommen wird.

Allerdings sind die Quartiersräte selbst mitschuldig an der Verkürzung des Themas. Die meisten haben sich von der Harmonie-seeligkeit der Veranstaltung einlullen lassen. Mein bayerischer CSU-Gymnasialdirektor wäre dankbar gewesen, wenn er solch eine Schülermitverwaltung gehabt hätte.

Thomas Kilian

Nachlese zu unserem Artikel  
in der September-Ausgabe

### Kompromiss im Einzelfall

Im QM Moabit-West hatte es einen Streit zwischen dem Quartiersrat und dem Bezirksamt um die Förderung von Kulturprojekten gegeben (wir berichteten in der letzten uff'n Wedding). Das Kulturamt wollte ein Projekt fördern, das der Quartiersrat abgelehnt hatte. Dafür sollte ein vom Quartiersrat vorgeschlagenes Projekt hinten runterfallen.

In diesem Streit hat es einen Kompromiss gegeben, der es den Beteiligten erlaubt, in dem bisherigen Verfahren weiter zusammenzuarbeiten. Demnach werden allen Kulturprojekten Mittel gekürzt, damit alle beiden Projekte und ein unstrittiges drittes Projekt gefördert werden können. So richtig glücklich zeigt sich aber niemand darüber, aber alle setzen darauf, dass es mit verbesserter Kommunikation weitergeht und der Konflikt ein Einzelfall bleibt. Man wird sehen.

Thomas Kilian



## Gegendarstellung

Sehr geehrter Herr Schulten,

Die Behauptung in Ihrer Ausgabe Nr. 7 September 2007 auf Seite 11 (Letzte Meldung) ist falsch.

Nicht Frau Kast vom QM Sparrplatz hat Sie ausgeladen. Wir als Veranstalter des Eröffnungsfestes des Sprengelparks am 01.09.2007 konnten Ihnen aus Platzgründen keinen Stand anbieten. Auch hat es zu keiner Zeit eine verbindliche Zusage von uns gegeben. Von einer „Ausladung auf Drängen des QM“ kann keine Rede sein.

Michael Ostrowsky Geschäftsführer der Schanksysteme Levenhagen & Ostrowski Gastronomie GmbH Berlin, 17.09.2007

*Nach dem Berliner Pressegesetz sind wir zum Abdruck von Gegendarstellungen, unabhängig vom Wahrheitsgehalt, verpflichtet.*

## Irrungen und Wirrungen zwischen Tiefbauamt und Baumscheiben

# Trommeln im Sprengelkiez

Es ist gut zu wissen, wer zu einer Veranstaltung ein- oder auslädt! Herr Ostrowsky lässt uns also in seiner Gegendarstellung wissen, nicht das Quartiersmanagement, sondern der Geschäftsführer der Schanksysteme Levenhagen & Ostrowski Gastronomie konnte uns aus Platzgründen keinen Stand anbieten, denn zweifelsohne war die Eröffnung des Sprengelparks nicht eine öffentliche Veranstaltung im Kiez, sondern eine Privatparty der Schanksysteme GmbH. Somit konnten wir ja auch gar nicht auf Drängen von Frau Kast ausgeladen werden.

Deshalb von unserer Seite eine Entschuldigung an die ahnungslose Frau Kast und folgender Vorschlag: Nennen wir doch Ross und Reiter beim Namen und sprechen in Zukunft besser vom QM „Schanksysteme Levenhagen & Ostrowski“, damit in Zukunft auch jede Organisation, jede Bürgerinitiative und Partei Bescheid weiß, wer die Entscheidungen trifft, wenn im Sprengelkiez mal wieder was organisiert wird.

Nur für diejenigen, die wirklich an Fakten interessiert sind:

In der Gegendarstellung heißt es: „*Von einer „Ausladung auf Drängen des QM“ kann keine Rede sein.*“

Drei Tage vor der Veranstaltung erhielten wir eine Mail der Schanksysteme GmbH mit folgendem Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Schulten! Heute haben wir die Information vom QM (Alexandra Kast) erhalten, dass die BVV ausdrücklich eingeladen wird bzw. eingeladen wurde. Weiter sollten sich bei diesem Kinderfest keine Parteien präsentieren. Für Ihr Engagement bedanke ich mich recht herzlich. Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an das QM Sparrplatz.“

In der Gegendarstellung heißt es: „*Wir als Veranstalter des Eröffnungsfestes des Sprengelparks am 01.09.2007 konnten Ihnen aus Platzgründen keinen Stand anbieten. Auch hat es zu keiner Zeit eine verbindliche Zusage von uns gegeben.*“

Mit der Übersendung der Gegendarstellung wurde uns weiter erklärt: „*Alle Stände waren bereits am 22.08.07 von Projektträgern und Anwohnern aus dem Sprengelkiez verbindlich belegt. Ihre Anmeldung konnte nur aus diesen Gründen nicht berücksichtigt werden...*“

Am **24.08.07**, also zwei Tage, nachdem alle Plätze bereits „anderweitig vergeben“ waren, erhielten wir eine Mail der Schanksysteme GmbH mit folgendem Inhalt (Auszüge):

„...Das Tiefbauamt hat uns sehr strenge Auflagen gemacht. Somit muss eine Gehwegbreite von 1,5 m ohne Gehwegunterstreifen frei bleiben. Weiterhin dürfen Marktstände nicht gegenüber den Baumscheiben aufgestellt werden...“

...Ich bitte Sie, all diese Probleme **beim Aufstellen Ihres Standes** zu berücksichtigen. Vielleicht können Sie an diesem Tag auch et-

was Besonderes für die Kinder machen?“

Mit der Übersendung der Gegendarstellung wurde uns weiter erklärt:

„...Aber auch unabhängig von Ihrem Info-stand hätten Sie mit Ihrer Trommlergruppe das Fest bereichern und so auch auf den Weltfriedenstag aufmerksam machen können. Wir finden es sehr schade, dass dies nicht geschehen ist.“

Ich bitte um Richtigstellung.“

Mail der Schanksysteme GmbH vom **28.08.07**

„Sehr geehrter Herr Schulten!

Wir haben bereits eine Trommlergruppe. Jedoch vielen Dank für die Anfrage...“

Ich hoffe, dass dem Wunsch des Herrn Ostrowsky auf Richtigstellung hiermit zur Genüge entsprochen wurde.

*Werner Schulten*

### Warum Kontrolle

#### Ganz einfach. Es geht um Ihr Geld

Eine Betriebsführung ohne Kontrolle bzw. sofortige Abrechnung durch unsere genie Reihe bürgt die Gefahr sehr hoher Verluste, die dann (wenn überhaupt) bei der monatlichen Inventur ans Licht kommen. Und niemand vom Personal will es gewesen sein - das Geld ist unwiederbringlich weg.



- Sie haben einen Betrieb den Sie mit Personal betreiben.
- Können Sie sich vorstellen, dass jeder Mitarbeiter pro Schicht € 5,00 aus der Kasse nimmt?

das sind dann pro Jahr € 1.825 und Mitarbeiter. Sie haben 10 Mitarbeiter?...Rechnen Sie...!

## „Computer ging, Maus ging, Tastatur ging, Monitor ging - Internet ging nicht.“

### Unsinnige Aktivierung im Wedding

von Brian Janßen

Zum 1. Januar 2005 wurde das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) in Deutschland eingeführt. Es fasst die frühere Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf einem Niveau unterhalb der ehemaligen Sozialhilfe, unterhalb des Existenzminimums, zusammen. Zuständig für die „Hilfempfänger“ im Wedding ist das Jobcenter Mitte. 61 Prozent der vom Jobcenter Mitte betreuten erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger/-innen leben im Wedding.

Doch selbst der so kümmerliche Regelsatz ist von Kürzung bedroht, bei „wiederholten Pflichtverletzungen“ um bis zu 100% (also auf **Null!**). Und Hartz IV-Empfänger/-innen haben viele Pflichten:

Seit einiger Zeit werden Hartz-IV-Empfänger/-innen zur Teilnahme an Maßnahmen verpflichtet, wie „Aktivierung und Bewerbungstraining“ oder ähnliches. Diese „Integrationsmaßnahmen“ sollen angeblich dazu dienen, Hartz-IV-Empfänger/-innen in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren.

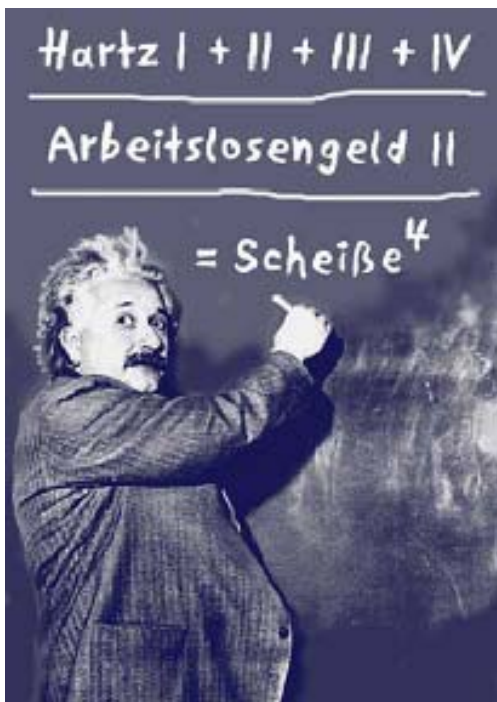
Doch wie sieht das in der Realität aus? Es spielt keine Rolle, ob die so Zwangsverpflichteten die Maßnahme selbst für sinnvoll halten, bei Nichtantritt zur Maßnahme droht die Kürzung der „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“ – ein netter Einspareffekt für das Jobcenter übrigens. So werden auch Menschen, die diesen Kurs bereits schon mal absolviert haben, zwangsverpflichtet. Selbstständige oder die eigene Selbstständigkeit Planende verlieren ihre ersten Aufträge wieder, selbst Hochschwängere werden genötigt teilzunehmen. Ob ein Bewerbungstraining einer beabsichtigten Promotion dienlich ist, kann und muss doch wirklich bezweifelt werden.

Weg sollen sie von der Straße, die Arbeitslo-

sen, und das mit allen Mitteln. Das ist gut für die Statistik.

Das Jobcenter Berlin-Mitte hat anscheinend noch Geld zur Verfügung, das unbedingt ausgegeben werden muss. Wofür spielt dann erst mal keine Rolle, Hauptsache, es ist nicht wieder etwas übrig.<sup>1</sup>

Für unnütze Dienstleistungen werden aus öffentlichen Kassen Gelder direkt in die Taschen



der Bildungsträger geleitet. Für die Erwerbslosen sind die Maßnahmen oft nutzlos, Zeitverschwendung und entwürdigend.

<sup>1</sup> Nicht nur die zwölf Berliner Job-Center, auch die drei Arbeitsagenturen haben 2006 die Mittel für Maßnahmen und Projekte zur Integration in den Arbeitsmarkt nicht ausgeschöpft.

Niemand sollte zu Maßnahmen gezwungen werden. „Hartz IV“ ist entwürdigend und steht im Widerspruch zum elementarsten Menschenrecht überhaupt: Dem Recht auf Leben!

Her mit dem ganzen Leben! Für ein menschenwürdiges Leben, für ein bedingungsloses Grundeinkommen.<sup>2</sup>

<sup>2</sup><http://www.die-linke-bag-grundeinkommen.de/>

#### Erfahrungsbericht Bewerbungstraining (aus dem Internet, Stand: 13./14.09.2007)

##### Tag 1

**8.00** vermeintlicher Start - Dozent ist da wartet aber noch auf Nachzügler (de facto pause)

**8.30** Start, weil Dozent sagt, wir müssen was tun

**9.00** fiktive Geschichte eines Menschen analysieren, den es nicht gibt und an ihm ein Profiling durchführen

**9.10 Pause - 9.30** Aufschreiben der Eigenschaften des Menschen - **9.50 Pause**

**10.20** Beratung mit anderen Gruppenmitgliedern über diesen fiktiven Menschen

**11.00** Mittagspause - **12.10** eigenes Profiling beginnen - Stärke/Schwäche

**13.00 Pause - 13.30** Vorbereitung auf morgen - **14.00 Schluss**

##### Tag 2

**8.00 Start - 8.00 - 8.20 Pause** (warten auf Nachzügler)

**8.20 - 9.00** Vervollständigung unseres Profiling - **9.00 - 9.15 Pause**

**9.15 - 10.00** Anschauen unserer Bewerbungsunterlagen - **10.00 - 10.20 Pause**

**10.20 - 14.00** Ausfüllen eines Kompetenztestes [...]

Auf Grund meines überdurchschnittlichen Wissens war ich bereits mit Beantwortung der Fragen um 11 Uhr fertig. Mittagspause war von 12.15 Uhr bis 13.00 Uhr. Also schlug mein Dozent vor, ich solle doch im Internet nach Stellenangeboten suchen.

Gesagt getan - *Computer ging, Maus ging, Tastatur ging, Monitor ging - Internet ging nicht.*

Also habe ich effektiv von um 11.00 Uhr bis um 14.00 Uhr Pause gemacht, indem ich mich auf meinen Stuhl gesetzt habe und Däumchen gedreht habe. Mein Dozent lobte mich noch, ich sei ein pfiffiges Kerlchen und aus seinem Mund solle das schon was heißen, konnte mir aber auch nicht weiter helfen.

Samstag, 13.10.2007 ab 19.00 Uhr

### Prekariatsfete

**gemeinsam kämpfen  
gemeinsam feiern!**

Programm:

20-21 Uhr Politische Reden zum Thema  
u.a. mit Nele Hirsch MdB

ab 21 Uhr Liedermacher Jan Koch  
und Disco

Fabrik Osloer Straße - Osloer Str. 10  
Zugang über den Hinterhof

### Impressum:

uff´n wedding, als Informationsblatt, wird herausgegeben von der Basisorganisation Wedding der Partei DIE LINKE. Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen. V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. Prinz-Eugen-Str. 11, 13347 Berlin, Tel. 465 07 109 email:dielinke@linkstreff.de web:www.linkstreff.de

## Deutschland macht Geschenke

Paul darf sich freuen, Er hat ein Geschenk bekommen, und das nicht von irgendwem, nicht Tante Käthe oder Opa Hermann waren die edlen Geber, sondern schlichtweg Deutschland. So ist es zur Zeit auf vielen S-Bahnstationen und in der Stadt zu lesen, in fetten Lettern mit einem Foto von dem circa fünfjährigen Paul, der gerade eine riesige Seifenblase produziert. „Für Paul; von Deutschland“ heißt es da. Und als Erläuterung die beiden Halbsätze „Die Rente mit 67 – unser Beitrag für seine Zukunft.“ Eine dämlichere Werbeoffensive konnte sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wirklich nicht ausdenken, schwer vorstellbar, dass dieser Bock von einer professionellen Agentur geschossen wurde.

Seit „Wir sind Deutschland“ als multimediale Verdummungskampagne und die Fitt statt fett Napf Geschichte will wohl auch Münteferings Haus nicht hinten anstehen und beteiligt sich an der „wer bekommt die sinnfreieste Steuergeldverschwendung hin“ Paul kriegt also etwas von jemanden geschenkt und zwar von Deutschland. Minimaler Logik zufolge kann er nicht Deutschland sein, wenn A etwas B schenkt. Dabei hatte man doch vorher mühevoll versucht, allen einzutrichtern „auch du bist Deutschland“. Ja was denn nun, könntet ihr euch da mal irgendwie einig werden? Ich sag mal, das BMAS glaubt, Paul sei zweifelsohne nicht Deutschland, denn er bekommt ja die Rente geschenkt, mit 67, na da wird sich der kleine Paul aber ein Loch in die

Seifenblase freuen, dass er zwei Jahre länger arbeiten darf als Opa Hermann. Aber Deutschland schenkt nicht nur dem kleinen Paul etwas, sondern zeigt sich bewusst großzügig und bedenkt auch noch Saskia und Philip, die eine guckt etwas irritiert ins Leere, während der zweite gedankenverloren seiner Ausbildung



nachgeht und irgendetwas zu löten versucht. Besser wäre es gewesen, die Macher der Plakate hätten vorher ihre Gehirnwindungen mal ein bisschen verlötet. Wahrlich, keiner der Abgebildeten macht auch nur im Ansatz den Eindruck, als könnten sie auch nur näherungsweise so etwas wie Begeisterung zeigen. Folgerichtig müssten uns eigentlich allen demnächst Briefe ins Haus flattern, in etwa mit folgendem Inhalt:

Sehr geehrtes Deutschland,

wie Sie vielleicht wissen, setzen wir uns gerade sehr für die Zukunft von Paul, Philip und

Saskia ein, wir sammeln Beiträge für ihre Zukunft. Und da haben wir uns gedacht, es soll ja ein bisschen eine Überraschung für die drei werden, wenn also Sie, liebe Herr oder Frau Deutschland mal ein bisschen länger schubbern gehen. Zwei Jahre dürften da wohl auch nicht zuviel verlangt sein, überlegen Sie doch nur einmal, dass Sie bereits, nehmen wir mal an, 40 Jahre dabei sind, da können Sie doch für Paul, Philip und Saskia mal die Fünfe gerade sein lassen und noch ein paar Monate hinten anhängen. Wir machen dann auch gerne ein schönes Foto von Ihnen, Herr oder Frau Deutschland, wie Sie beispielsweise in ihrem Job als Schuhfachverkäuferin mit Ihren atrophischen Knien dem kleinen Paul ein paar neue Adidas-Treter anziehen, vielleicht wenn Sie dann noch nett in die Kamera sehen mit einem Blick, der ungefähr sagen sollte: Meine Knie sind eh schon im Arsch, aber damit Paul keine Stinkefüße hat, verzichte ich gerne auf meine Kniescheiben, ich tue es ja für Paul... von Deutschland.

Bei Ihrer Rente und den geizigen Kassen bekommen Sie Ihre ersten künstlichen Kniegelenke eh erst mit frühestens 80 und bis dahin

### Eine linke Antwort ist nötig

## Schweigen tut weh

Im August machte Deutschland wieder einmal negative Schlagzeilen. Im sächsischen Mügeln wurden acht indische Bürger von ca. 50 Rechtsradikalen durch die Straßen gejagt, verprügelt und mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft. Kein Einzelfall, Hoyerswerda '91, Rostock '92, Mölln '92, Solingen '93 usw. Das alles geschah unter den Augen der örtlichen Bevölkerung, die dem Treiben zusah, ohne einzugreifen. Wieder einmal Ausschreitungen gegen Ausländer, wieder einmal Schaulustige. Auch die Reaktionen von Politikern und Medien wiederholen sich.

haben Sie sich ja ohnehin schon wunderbar an den Rollstuhl gewöhnt, und wenn Sie das große Glück haben, an Demenz zu erkranken, wie die meisten in Ihrem Alter, dann ist Ihnen das ohnehin egal. Wir sind natürlich gerne bereit, Ihnen über den weiteren Lebensweg von Paul, Philip und Saskia immer mal wieder mit ein paar netten Foto-Postern Informationen zukommen zu lassen, damit Sie auch wissen, weshalb Sie sich eigentlich so krumm gelegt haben.

Viele liebe Grüße

Ihr Ministerium für Arbeit und Soziales

Ja, in der Tat, es scheint allerhöchste Zeit zu sein, den Generationenvertrag mal ein bisschen umzuschreiben, warum sollen die Alten nicht mal für die Jungen buckeln, ist doch völlig logisch, vor allem weil sie ja nicht Deutschland sind, oder habe ich da jetzt etwas durcheinander bekommen? Aber zumindest freuen wir uns für Paul, Saskia und Philip, wenn die auch ihr Glück, so wie es scheint, noch nicht so richtig begreifen können, ebenso wie ich diese merkwürdigen Plakate.

*Hinark Husen*

Der Ruf unser „schönes“ Deutschland ist besonders im Ausland in Gefahr wird vehement verbreitet. Wieder einmal werden Regierende, Presse und Fernsehen nicht müde auf spektakuläre (gut vermarktbar) Ereignisse zu reagieren.

Fragen über die Alltagsprobleme in einer multikulturellen Gesellschaft - so leben in unserer Stadt Menschen mit 158 verschiedenen Nationalitäten - werden nicht gestellt und diskutiert. Oft haben die Ursachen die gleichen Wurzeln: keine oder nur geringe Teilhabe, durch soziale Ausgrenzung, an einem menschenwürdigen Leben in unserer Gesellschaft.

Das so genannte Prekariat leidet gemeinsam unabhängig von seiner Nationalität.



Als Linke dürfen wir deshalb nicht zulassen, dass die bei uns Herrschenden auch bei diesen an den Rand der Gesellschaft Gedrängten nach ihrer seit Tausenden von Jahren altbewährten Strategie von Teile und Herrsche handeln.

Wir sollten ihnen unsere, von solidarischem und internationalistischen Handeln geprägte Strategie entgegenstellen und Beispiele für ein Miteinander in unserer Gesellschaft aufzeigen.

Es ist auch unsere Verantwortung, dass die Stammtische in unserem Land nicht die Meinungsführerschaft übernehmen.

Die demokratisch festgeschriebenen Regeln in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland haben wir auf unserer Seite. Wir sollten gemeinsam dafür kämpfen, dass sie eingehalten werden, denn sie sind die Grundlage für alle, die hier leben.

Stehen wir gemeinsam dafür, dass Äußerun-

gen von Politikern, die die Ausschreitungen sogar noch salonfähig machen, nicht als eine Meinung unter vielen akzeptiert wird, sondern dass der „Aufschrei“, der sich auf das Ereignis bezieht, auch die so genannten Volksvertreter

und ihre Verlautbarungen umfasst.

So attestiert der Bürgermeister von Mügeln in einem Interview mit dem rechten Blättchen „Junge Freiheit“, dass die „Ausländer raus“-Rufe jedem mal über

die Lippen kommen können und bekundet seinen Nationalstolz. Der sächsische Ministerpräsident Milbradt beklagt, dass es keine Hetzjagd in Mügeln, sondern auf Mügeln und die Mügeln ergäbe.

Demokratie, Toleranz und Integration basieren auf Menschenwürde und sind nicht möglich, wenn diese mit Füßen getreten wird.

Winfried Rietdorf



Die Politik kämpft gegen den Rechtsradikalismus ...

Eine wissenschaftliche Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kam zu erschreckenden Ergebnissen: Beinahe 10 Prozent der West- und 5 Prozent der Ostdeutschen seien antisemitisch eingestellt, jeder elfte Deutsche habe ein rechtsextremes Weltbild, und im Osten sei beinahe jeder Dritte ein Ausländerfeind. Sachsen hat die stärkste rechtsextreme Szene in der BRD, die NPD sitzt im Landtag und stellt in Sachsen 1000 von bundesweit 6000 Mitgliedern.

Für Sozialforscher Heitmeyer ist die Hetzjagd in Mügeln ein trauriger Normalfall. Für ihn ist es eindeutig schlimmer, wenn sich eine solche Gewaltdynamik aus einer angeblichen Normalität entwickelt. Die Gewalt kann dann jederzeit wieder hervorkommen.

### Beratung und Informationen im LinksTreff: zu Wohnung/Miete sowie Hartz IV

immer am letzten Mittwoch im Monat  
von 17.00 bis 19.00 Uhr  
mit Rechtsanwalt André Roesener

Fragen und Informationen zu Hartz IV  
jeden Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr

Informationen zur

Basisorganisation der LINKEN im Wedding

Montag bis Freitag von 16.00 bis 19.00 Uhr